

Vereinter Protest gegen Tierhaltung

05. September 2012 | 21:58 Uhr | Von: Jens Griesbach



Vor-Ort-Termin in Wardow: Jutta von Kuick und Wolfgang Grimme (l.) sowie weitere Bürger diskutierten mit Harald Terpe (2.v.l.) am geplanten Standort der Hähnchenmastanlage. Jens Griesbach

Während rund um Güstrow Hähnchen- und Schweinemastanlage aus dem Boden schießen, rücken jetzt die zahlreichen Bürgerinitiativen gegen diese Form der Tierhaltung in der Region enger zusammen. Dienstagabend trafen sich erstmals die Bürgerinitiativen aus Wardow, Wattmannshagen, Karcheez und Suckwitz zu einer Bestandsaufnahme in Wardow, um zukünftig ihren Protest zu koordinieren. Zur Verstärkung hatten sie sich den Grünen-Bundestagsabgeordneten Harald Terpe eingeladen. "Die Politik darf uns nicht im Stich lassen, muss unsere Bedenken ernst nehmen", sagte Jutta von Kuick, die mit ihrer Bürgerinitiative gegen die Hähnchenmastanlage in Wardow kämpft.

Von der Politik im Stich gelassen fühlt sich Carola Schwarz aus Wattmannshagen. Hier ist die Hähnchenmastanlage für bis zu 200 000 Tiere bereits vom Staatlichen Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg (Stalu) genehmigt worden. Zurzeit prüft das Amt nur noch einen Widerspruch des BUND (SVZ berichtete). "Wir fühlen uns verraten und verkauft", sagte Carola Schwarz an die Adresse von Harald Terpe. Trotz 186 schriftlicher Einwendungen sei die Anlage genehmigt worden. "Investoren dürfen riesige Anlagen bauen, ohne dass die Bürger gefragt werden und irgendeinen Einfluss haben. Wie kann die Politik so etwas zulassen", brachte sie ihren Ärger auf den Punkt.

Touristen und Schweine im Konflikt

In Suckwitz wurden mehr als 500 Unterschriften gegen die geplante Schweinemastanlage mit 8000 Tieren gesammelt. Auch die Gemeinde hat sich dagegen ausgesprochen. Laut Stalu-Leiter Hans-Joachim Meier sei hier aber noch alles offen. Ein Raumordnungsverfahren laufe jetzt an. "Allerdings zeichnet sich ein Konflikt mit dem Tourismus ab", so Meier gegenüber SVZ. Denn die Anlage soll mitten in einem Tourismusschwerpunktgebiet entstehen. Ebenfalls noch nichts Konkretes gibt es bei der geplanten Schweinemastanlage in Karcheez, so Meier, nachdem die Anlage vom Investor vor kurzem deutlich verkleinert wurde.

Die Planungen für die Hähnchenmastanlage in Wardow sind schon weiter vorangeschritten. "Hier hat die Gemeindevertretung die Anlage immer positiv begleitet", sagt Wolfgang Grimme von der Bürgerinitiative. Die Genehmigungsunterlagen liegen bereits vor. Das Verfahren ist jedoch nicht öffentlich, da die zwei vom Investor geplanten Ställe mit je 39 000 Tieren unter die Erheblichkeitsgrenze fallen. Das Stalu prüft zurzeit, ob es sich um eine Anlage, also auch einen Betreiber, oder um zwei Anlagen und damit zwei unterschiedliche Betreiber handelt. "Wenn beide Anlagen als eine zu betrachten sind, ist das eine ganz andere Herangehensweise bei der Genehmigung", so Hans-Joachim Meier.

Offene Ohren bei Grünen-Politiker

Auch Harald Terpe lehnt Massentierhaltung ab. Beim ihm stießen die Bürgerinitiativen auf offene Ohren. Das Beispiel Wardow zeige, "wie geschickt wirtschaftliche Heilsbringer im Rahmen bestehender Gesetze den Grundgedanken von Begrenzung aushebeln" würden. Mit der Teilung der Anlage werde eine Gesetzeslücke ausgenutzt, um die Öffentlichkeit auszuschließen. Er riet den Bürgerinitiativen, gemeinsam mit den Gemeinden vor Ort Bebauungspläne zu forcieren. Die Gemeinden sollten die entsprechenden Flächen selbst beplanen.

Ziel der Zusammenarbeit der Bürgerinitiativen müsse es jetzt sein, so Jutta von Kuick, eine gemeinsame Forderung zur Planungshoheit der Gemeinden zu formulieren. "Die Gemeinde soll ihr Mandat zur Gestaltung wahrnehmen. Die Bürger sollen sich einbringen können, ob sie so eine Anlage in ihrem Dorf haben wollen. Das ist bisher nicht gewährleistet", sagt sie. Alle Bürgerinitiativen beklagten den geringen Einfluss der von den Anlagen betroffenen Bürger und Anwohner.

Das Ergebnis dieser ersten Zusammenkunft ist für Jutta von Kuick positiv: "Man kann gemeinsam etwas bewegen. Das ist motivierend." Weitere Treffen der Initiativen sollen folgen.